

Vielfalt ist die Normalität in der deutschen Geschichte

Abschied von der inneren Einheit?

Thomas de Maizière

Wir Deutschen wollen die innere Einheit. Dann erst, so hören wir allerorten, sei die Einheit vollendet. Doch was meinen wir eigentlich mit dieser inneren Einheit? Meinen wir damit in deutscher Tradition der Innerlichkeit des letzten Jahrhunderts den gleichen Geschmack, die gleiche Ästhetik? Müssen wir in Deutschland über die gleichen Sachen weinen oder lachen, uns aufregen oder beruhigen? Ist wirklich der Stil der nivellierten Mittelstandsgesellschaft der fünfziger und sechziger Jahre der westlichen Bundesrepublik oder das Toskana-Gefühl der untergegangenen westlichen Bundesrepublik am Ende der achtziger Jahre ein für alle erstrebenswertes Ziel? Oder sind die Trainingsanzugs-Ästhetik und die Aufrechterhaltung der FKK-Kultur aus Ostdeutschland so wichtig, dass wir daran den Zustand der inneren Einheit messen? Meinen wir mit innerer Einheit die „Angleichung der Lebensverhältnisse“, gar die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“? Und wäre es wirklich ein lohnendes Ziel, dass die Verhältnisse des Lebens aller Art einheitlich oder gleich wären?

Meinen wir, der Osten müsse erst richtig westlich werden oder der Westen erst richtig östlich, um von innerer Einheit zu sprechen? Die Fragen zeigen: Dieser Begriff der

inneren Einheit ist irreführend. Manchmal kommt sogar der Verdacht auf, der Begriff werde ausgewählt, wenn man möchte, dass die anderen so werden mögen wie derjenige, der die mangelnde innere Einheit beklagt. Oder dass man den Begriff wählt, weil man keinen Erfolg eben dieser inneren Einheit will, oder vielleicht, weil man als Forscher oder Journalist mit Untersuchungen über die innere Einheit Geld verdient.

Harte Fakten

Natürlich gibt es zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland Unterschiede bei den harten Fakten. Wer wollte das leugnen? Einige wenige Beispiele sollen dies verdeutlichen:

Das Einkommen ist anders, nämlich in der Regel im Osten niedriger als im Westen. Die Zahlen schwanken, je nachdem ob man auf den Tariflohn, auf den tatsächlich ausgezahlten Lohn oder auf die Kaufkraft abstellt. Aber da geht es schon los: Die Kaufkraft ist im Osten unzweifelhaft höher, ein Punkt, der oft in der Debatte verschwiegen wird. Das Verhältnis der Einkommen beträgt unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten nicht 85 Prozent Ost zu West, sondern schon 92,3 Prozent. Außerdem

Abschied von der inneren Einheit?

gibt es kein einheitliches Westeinkommen, außer im öffentlichen Dienst. Die Unterschiede der Einkommen in Westdeutschland sind gewaltig groß, etwa zwischen dem Hunsrück und München, übrigens auch die Lebenshaltungskosten. Der Durchschnitt sagt nicht sehr viel aus. Heißt Westlohn nun Lohnangleichung an den Durchschnitt oder Angleichung an eine vergleichbare Region?

Vermögen und Arbeit

Einen zweiten Unterschied bei den harten Fakten gibt es bei den Vermögen: In den ostdeutschen Ländern einschließlich Berlin gibt es rund 685 Einkommensmillionäre, in den alten Ländern rund 25 000. Beim Geldvermögen haben Ostdeutsche etwa ein Drittel im Vergleich zu den Westdeutschen, bei Immobilien 37 Prozent.

Wegen der unterschiedlichen Eigentums politik über vierzig Jahre, verstärkt durch Krieg und Währungsreform, sind die Vermögen und erst recht die Kapitalvermögen in Ostdeutschland noch auf Dauer deutlich niedriger als in Westdeutschland. Dieser Aspekt ist für eine langfristige Zukunftssicherung wichtiger als die aktuelle Situation der Einkommen.

Natürlich ist auch eine etwa doppelt so hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland ein „harter“ Unterschied. Alle bezeichnen dies zu Recht als das zentrale wirtschaftliche und auch politische Problem. Aber kaum jemand redet darüber, dass durch die höhere so genannte „Erwerbsneigung“ in Ostdeutschland die Erwerbstätigenquote sich von der der Westdeutschen nicht sehr unterscheidet, also des Anteils der Erwerbstätigen pro tausend Einwohner. Die Antwort darauf kann natürlich nicht sein, die Frauen zurück an den

Herd zu schicken. Es ist nur wichtig, diesen Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen.

Es ist zu vermuten, dass sich die Erwerbsneigung im Westen in der nächsten Zeit drastisch erhöhen wird und wir insoweit zu einer Annäherung West an Ost kommen.

Mit Nachdruck ist darauf hinzuweisen, dass ein Unterschied bei den „harten Fakten“ darin besteht, dass die ostdeutschen Länder tatsächlich auf hohe Transfers angewiesen sind. Aber auch hier übertreiben wir gerne in Ost und West. Der Anteil der „Belastung“ des westdeutschen Bruttoinlandsproduktes durch die deutsche Einigung ist mit einer Größenordnung zwischen vier und 4,5 Prozent von 1991 bis 1998 nahezu gleich geblieben. Der Anteil der Nettotransfers am ostdeutschen Bruttoinlandsprodukt hat sich allerdings von gut fünfzig Prozent in 1991 auf knapp ein Drittel in 1999 verringert. Mit anderen Worten: Bei gleicher Westbelastung hat sich die Abhängigkeit Ostdeutschlands von den Transferzahlungen von gut der Hälfte auf ein knappes Drittel bereits reduziert.

Mentale Unterschiede

Neben diesen gewichtigen Unterschieden bei den harten Fakten, die man dann aber auch realistisch darstellen sollte, gibt es das große Feld der weichen, der so genannten mentalen Unterschiede. Man kann darüber fast jeden Tag etwas in der Zeitung lesen: Danach seien Ostdeutsche womöglich aggressiver als Westdeutsche. Oder sie seien ausländerfeindlicher. Oder Sie hätten ein stärkeres Gespür für Gerechtigkeit als Westdeutsche. Manche wollen feststellen, dass es den Ostdeutschen am demokratischen Bewusstsein mangelt, dass die Westdeutschen egoistischer sind, dass im Haushalt Mädchen und Jungen früher, gleichzeitig

oder später helfen, dass das Sexualverhalten der Ostdeutschen offener ist als das der Westdeutschen und so weiter.

Normalität der Vielfalt

Nun ist nicht zu leugnen, dass es hier und da solche mentalen Unterschiede geben mag. Aber es ist zunehmend ärgerlich, von solchen Untersuchungen zu hören. Man kann vermuten, dass vor allem die Untersuchung selbst die Unterschiede erst zu Tage fördert. Es gibt nicht annähernd so viele Untersuchungen über die mentalen Unterschiede von etwa sechzehn Millionen Nordrhein-Westfalen im Unterschied zum Rest der Republik. Es gibt keine Untersuchung über Mentalitätsunterschiede von Hamburgern zu Bayern, von Städtern zur Landbevölkerung. Wer sucht, der findet. Und wer Unterschiede sucht, der findet sie auch. Da das Objekt der Untersuchung Ost- und Westdeutsche sind, so findet man auch hier mentale Unterschiede.

Wahrscheinlich geht es um etwas anderes: Im ehemaligen Jugoslawien, ja im ganzen Bereich von Mittel- und Osteuropa sehen wir nach dem Ende des Kommunismus wie beim Auftauen von Eis, dass darunter alte, womöglich uralte Prägungen kultureller und geistiger Art zu Tage treten, die nur überlagert wurden durch kurzzeitige politische Verhältnisse. Man kann den Jugoslawien-Konflikt zum Beispiel als Konflikt zwischen West- und Ostrom erklären.

Vielleicht sind die in den Untersuchungen offenbar werdenden Unterschiede nur Ausdruck von Mentalitätsunterschieden, wie es sie früher zwischen Rheinländern und den Leuten in „Ostelbien“, wie man sagte, auch gegeben hätte. Vielfalt ist die Normalität in der deutschen Geschichte, nicht die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse.

Und noch eins: Selbst wenn es solche Unterschiede gibt, warum werden solche Unterschiede so oft gegeneinander in Stellung gebracht? Innerhalb Ostdeutschlands oder innerhalb Westdeutschlands ist das anders. Da nehmen wir regionale mentale Unterschiedlichkeiten erfreut, amüsiert, aber jedenfalls nicht dramatisch zur Kenntnis. Nur wenn wir solche Unterschiede zwischen Ost und West angeblich feststellen, dann ist plötzlich die so genannte innere Einheit in Gefahr.

Diese Auffassung scheint unhaltbar. Nicht alles also, was zwischen westdeutschen und ostdeutschen Ländern oder Menschen anders ist, anders beschrieben wird, ist vereinigungsbedingt oder ist ein Ausdruck des Zustandes der inneren Einheit.

Auf gleicher Augenhöhe

Was eher Sorgen bereitet, ist das, was man mit den Begriffen Gefälle, schiefe Ebene, mangelnde Augenhöhe oder auch Gefühl der zweiten Klasse beschreiben kann und was sich durch Umfragen und Untersuchungen vielleicht nicht direkt zu Tage fördern lässt. Damit ist jenes merkwürdige Phänomen, dass Ost- und Westdeutsche oft nicht auf gleicher Augenhöhe miteinander sprechen, gemeint, dass der eine ein Überlegenheitsgefühl und der andere ein Unterlegenheitsgefühl pflegt. Einige Beobachtungen sollen dies näher beschreiben:

Erstens: Im Westen gab und gibt es so etwas wie eine Reiche-Onkel-Attitüde gegenüber den Ostdeutschen, eine verlängerte Fürsorge-Mentalität noch aus Zeiten der DDR. Der reiche Onkel des Westens gibt nicht immer ganz freiwillig Geschenke, manchmal zu üppig. Er erwartet Bedanke-mich-Briefe. Wenn er zu Besuch kommt, dann zeigen sich er und der Besuchte von ihrer besten

Abschied von der inneren Einheit?

Seite. Der reiche Onkel hat es zu etwas gebracht. Man möchte einerseits so werden wie er, andererseits aber auch nicht. Zum reichen Onkel hat man ein distanzierendes Verhältnis. Er wird nicht geliebt, allenfalls geachtet.

Zweitens: Es gibt auch immer noch den erstaunten Unterton bei vielen aus dem Westen, wenn sie von Leistungen aus dem Osten oder im Osten Deutschlands sprechen. Ach, haben die wirklich eine Universität? Ihr habt es aber doch schön hier. Das ist ja fast schon so wie bei uns. So oder ähnlich hört sich dieser erstaunte Unterton an.

Drittens: Es gibt im Westen auch ein, wie Richard Schröder es nennt, „angenehmes Gruseln“ bei dem, was mit dem Thema Vergangenheitsbewältigung, Staatssicherheit oder PDS zu tun hat. Schlimmer könnte man sagen, die Ostdeutschen stehen bei vielen Westdeutschen immer irgendwie in einem Generalverdacht, richtige Demokraten noch nicht zu sein.

Viertens: Aber, wurde der unstrittig da gewesene und bis heute vorhandene Übernahmepressur nicht auch von den meisten Ostdeutschen akzeptiert? Es gab mehr ostdeutsche Bürgermeister, die nach westlichen Vorschriften gerufen haben, als solche, die ohne solche Vorschriften arbeiten wollten. Die durch Bürokratie vermeintlich entstehende Sicherheit war, das musste auch jedem Ostdeutschen klar sein, ohne die Übernahme der für eine westliche Bürokratie geltenden Vorschriften nicht zu haben.

Fünftens: Wurde der Arbeitsplatzverlust in Ostdeutschland nicht teilweise auch durch eigenes Verhalten mit herbeigeführt? Wie kann man ein Trabant-Werk erhalten, wenn keiner mehr den Trabant kauft? Wie kann ein ostdeutsches Produkt wettbewerbsfähig sein, wenn zwar die Kosten fast West-

niveau haben, nicht aber die Produktivität? *Sechstens:* Es ist leider so: Wer Geld gibt, bestimmt auch die Bedingungen, unter denen es gegeben wird. Die Frage ist: Haben sich nicht viele ostdeutsche Länder und Kommunen die goldenen Zügel selbst angelegt oder mindestens bereitwillig angenommen? Weil es Geld gab, wurde etwas gemacht, nicht weil es notwendig war?

Siebtens: Die Angleichung der Lebensverhältnisse als Ziel zu formulieren setzt den, der das fordert, immer auf Platz zwei und nicht auf die gleiche Augenhöhe. Deswegen ist es strategisch nicht richtig, die Angleichung der Lebensverhältnisse als politisches Ziel aus dem Osten zu fordern. Haben wir nicht versäumt, eigene Ziele zu formulieren?

Achtens: Wenn jede Debatte über die Notwendigkeit von Transferzahlungen unter dem Stichwort des Liebesentzugs diskutiert wird, dann hat der Osten schon verloren. Liebe kann man eben nicht erfolgreich einfordern, und schon gar nicht dauernd.

Reiche-Onkel-Attitüde bekämpft man nicht, indem man den Onkel noch mehr in seiner Rolle bestärkt, selbst wenn man ihn dadurch noch eine Weile ausnutzen kann, sondern indem man selbstbewusst zeigt, was man selbst kann.

Eine Generationenfrage

Wir können zuversichtlich sein, dass die nächste Generation dieses Problem des Gefalles, der schiefen Ebene, des Gefühls der zweiten Klasse und des Selbstbewusstseins viel besser löst. Sonst wäre zum Beispiel nicht zu erklären, dass bei dem so genannten Hochschulranking, also bei der Beurteilung der Universitäten und Hochschulen durch die Studenten, die ostdeutschen Hochschulen so überragend gut abge-

schnitten haben. Diese Generation hat in ihrer großen Mehrheit weder eine Jammer-Attitüde noch ein Überlegenheitsgefühl. Da gibt es keine mildernden Umstände für östliche Umstände. Zukünftig wird einfach verglichen werden, wer was kann und wo es sich gut leben lässt. In dieser gemeinsamen Selbsteinschätzung ost- und westdeutscher Studenten zu Gunsten ostdeutscher Hochschulen liegt eines der ermutigendsten Zeichen der letzten Zeit.

Man sollte also dafür plädieren, die vom Westen zwar scheinbar erwünschte und bequeme, vielleicht sogar gelegentlich eingeforderte, aber vor allem in gewisser Weise selbst verordnete und selbst gemachte Unterordnung und Unterordnungsstrategie vieler Menschen aus Ostdeutschland abzustreifen und das durchaus vorhandene

Selbstbewusstsein von innen nach außen zu richten.

Es sind eigene Ziele zu setzen, gleichwertige, und dennoch teilweise andere Lebensverhältnisse anzustreben, statt sich als abhängige Größe des Westens zu definieren. Das hat schmerzhaft Konsequenzen in Ost und West. Daraus entstehen dann gesamtdeutsche Antworten und nicht ostdeutsche. Der Lernprozess im Westen würde übrigens unter den Vorzeichen einer solchen Strategie eher größer sein müssen als der im Osten.

Den Maßstab West bei allem und jedem abzustreifen und eigene Maßstäbe zu finden, das wäre ein guter Beitrag zu dem, was andere die „innere Einheit“ nennen und was man eher als „gelungene Einheit in Vielfalt“ bezeichnen könnte.

Sprachrohr SPD

„Die PDS darf mitreden, sagt der Kanzler. Die PDS soll nicht mitreden, sagt sein Arbeitsminister. Wer glaubt, die beiden stritten um die PDS, der irrt. Den Kanzler, das ließ er vergangene Woche erkennen, stören Vergangenheit und Absichten dieser Partei wenig. Ihn interessiert an ihr im Grunde nur, wie sie ihm in der Auseinandersetzung mit seinem Hauptgegner, der Union, nutzen kann. Um die CDU und die CSU im Bundesrat zu besiegen, half Schröder der PDS aus der politischen Isolation heraus. Mit der Einladung der Wendesozialisten zu den ‚Konsensgesprächen‘ über die Rente bringt der Kanzler die CDU/CSU gleich wieder in die Bredouille: Denn wenn die Christlichen Demokraten nicht als Total-Blockierer abgestempelt werden wollten, müssten sie sich doch mit dem Klassenfeind an einen Tisch setzen. Dem Rentenminister dagegen geht es weniger darum, die Union vorzuführen. Er sorgt sich vor allem um seine Reform: Sie stünde auf einem stabileren Fundament, wenn die Union sie mittrüge. Sogar die FDP scheut den unmittelbaren Kontakt zur PDS und schlägt daher ähnlich wie Müntefering eine ‚abgestufte Beteiligungsform‘ vor. Das würde freilich dazu führen, dass die PDS künftig ein neues Sprachrohr hätte, die SPD.“

(Berthold Kohler am 19. Juli 2000 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*)